„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER".
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of this paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Ein Triumph des Nationalismus in Großbritannien.

Der Ausgang der britischen Parlamentswahlen ist ein neuer klarer Beweis dafür, daß der gesunde nationale Instinkt des britischen Volkes in der Stunde ernster Gefahr und angesichts einer drohend heraufziehenden Katastrophe sich über alle theoretischen Bedenken hinwegsetzt. So mancher, der im Herzen der Arbeiterpartei nahestand oder vielleicht sogar ein ausgesprochener Sozialist in seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen ist, hat am Wahltag des 27. Oktober Arbeiterpartei, Sozialismus und Radikalismus an den Nagel gehängt, sein britisch-nationales Herz sprechen lassen und seine Stimme für einen konservativen Kandidaten abgegeben. Das Ausschlaggebende bei dieser Wahl war nicht das Parteiprogramm der Konservativen, Liberalen oder Arbeiterpartei, sondern die einfache Frage: Wie stehst du zur nationalen Regierung, die Großbritannien aus dem Sumpfe des wirtschaftlichen und finanziellen Chaos erretten will? Die Antwort darauf war eine überwältigende Mehrheit für MacDonald und Baldwin, war eine deutliche Absage an den Klassengeist und den radikalen Sozialismus Hendersons und an die politische Seiltänzerei des liberalen „Führers" Lloyd George. Sehr bemerkenswert ist, daß die Kommunisten nicht einen einzigen Sitz erobern konnten, obwohl die wirtschaftliche Notlage der proletarischen Massen in Großbritannien mindestens ebenso ernst ist wie anderwärts. Moskauer Pfeifentöne konnten nicht einmal einen Hund hinter dem Ofen vorlocken. Das britische Nationalbewußtsein triumphierte über parteipolitische Programme, über kleinliche Bedenken und über engherzige Standesinteressen.

Seit dem Weltkriege standen viele falsche Propheten auf, die dem Nationalismus den baldigen Untergang vorhersagten. Auf Weltfriedenskongressen, Völkerbundstagungen und internationalen Konferenzen wurde in den süßlichsten und einschmeichelndsten Redensarten das „neue internationale Geist" gepriesen. Doch ein Blick auf das britische Wahlergebnis belehrt uns eines Besseren. Jeder aufmerksame Beobachter der Vorgänge in der weiten Welt entdeckt ohne sonderliche Mühe, daß der schon totgesagte Nationalismus eine neue Blütezeit erlebt, ja sich sogar kräftiger entfaltet als in den Jahren vor 1914. Ob wir unsere geistigen Augen auf Frankreich oder Italien, auf Deutschland oder Ungarn, auf Canada oder die Vereinigten Staaten richten, ob wir die Kämpfe um die nationalen Minderheitenrechte, um Muttersprache und angestammte Kulturgüter verfolgen — überall tritt uns der Nationalismus entgegen. Er mag oft überspannt und übersteigert sein, oft weit über sein natürliches und berechtigtes Ziel hinausschießen, doch ist er ein wesentlicher Faktor, an dem kein moderner Mensch unachtsam vorbeigehen kann. Er macht sich fühlbar in sprachlich-gemischten Staatswesen, in Kirchengemeinschaften, in Vereinen und sogar mitunter in national-gemischten Ehen.

Der britische Nationalismus bediente sich einfach des Stimmzettels, um sein Dasein und seine Existenzberechtigung zu beweisen. Ohne erst durch nationalistische Hetze aufgeputscht zu werden, wußte der englische Wähler, wo am 27. Oktober sein Platz war, wußte er, daß er sich der Einheitsfront zur Rettung seines Vaterlandes einzugliedern hatte. Ist darin nicht auch eine heilsame Lehre für uns Deutsche in Canada enthalten? Fühlen und handeln wir stets als Glieder der deutschsprachigen Einheitsfront? Oder sehen wir über den nächstliegenden persönlichen Vorteil, den geschäftlichen Augenblicksgewinn und sonstige kleinliche Interessen nicht hinaus?

Wenn wir uns auch keine Wunderdinge vom Wahlausgang in Großbritannien versprechen, so ist doch für die nationale Regierung unter MacDonalds und Baldwins Führung eine feste Aktionsbasis geschaffen, von der aus sie mit fast unumschränkter Gewalt regieren kann. Möglich ist bei dem ungeheuren Machtzuwachs der Tories, daß diese eines Tages die Führung ganz an sich reißen, nach altem unverbesserlichen Torirezept herrschen und MacDonald, der ihnen den Weg geebnet hat, in die Ecke stellen.

Ungarisch-Canadier an französischen Premier.

„Kanadai Magyar Ujsag", die ungarische Zeitung in Winnipeg, hat an den französischen Premier Pierre Laval gelegentlich seines Aufenthaltes in Washington, wo er mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover konferierte, ein Telegramm folgenden Inhaltes gerichtet:

„Seine Exzellenz Pierre Laval,
Premierminister Frankreichs,
Weißes Haus, Washington, D.C.

„Die Canadier von ungarischer Abstammung, die mit der französischen Minderheit dieses Landes brüderlich zusammenleben, bitten ergebenst Eure Exzellenz, Ihren Einfluß bei den von Ungarn abgetrennten Gebieten darauf zu verwenden, daß sich dort die nationalen Minderheiten der nämlichen Rechte wie in Canada erfreuen können. Die französischen Staatsmänner haben unseren Stammesgenossen, die fremden Mächten unterworfen sind und immer auf die große französische Republik zwecks Wiedergutmachung ihrer Leiden rechnen, eine Volksabstimmung versprochen."

Anmerkung der Redaktion: Es ist gewiß anerkennenswert, daß sich die Ungarisch-Canadier so eifrig um ihre unterdrückten Landsleute in Europa annehmen und für eine Wiedervereinigung aller Ungarn, die heute in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien leben müssen, mit dem ungarischen Vaterlande so nachdrücklich eintreten. Doch haben wir sehr guten Grund zu der Annahme, daß der obige Aufruf an die verkehrte Adresse gelangt ist, weil Frankreich gerade über jene seiner Vasallenstaaten, in denen die Ungarn um ihre elementarsten Minderheitenrechte kämpfen müssen, seine schützende Hand hält. Bisher hat man von den französischen Staatsmännern und sogar von dem sonderbaren „Friedensapostel" Aristide Briand doch nur sehr billige und recht vorsichtig gehaltene Phrasen über die Rechtsansprüche der nationalen Minderheiten vernommen. Im Ernste aber denkt Frankreich gar nicht daran, Ländern wie Polen oder der Tschechoslowakei auf die Hühneraugen zu treten, wenn es um die Erhaltung der nationalen Kulturgüter der schwerbedrängten Deutschen, Ungarn oder Ukrainer geht.

Der „starke Mann".

Das deutsche Volk rief seit Jahren unaufhörlich nach dem „starken Mann". Sein Wunsch ist erfüllt, der „starke Mann" ist da: Heinrich Bruening, dem alle Welt als den politisch fähigsten Deutschen seit Bismarck bewundert. Bismarck, wohl der größte Staatsmann des 19. Jahrhunderts, konnte, nach einem siegreichen Krieg, gestützt auf eine immer stärker werdende Militärmacht und getragen von einem beispiellos schnell aufblühenden Wirtschaftsleben, das Deutsche Reich in die Reihen der Großmächte einführen. Bruening soll nach einem unglücklich ausgegangenen Krieg ein entwaffnetes Volk, das in den Ketten des Versailler Schandfriedens schmachtet, das unter Grenzbeschneidung und Gebietsraub leidet und durch wahnsinnig hohe Kriegstribute bis zum letzten Blutstropfen ausgepreßt ist, aus den Tiefen des nationalen und wirtschaftlichen Elends zu den Höhen der Freiheit, einer gesunden Volkswirtschaft und einer neuen deutschen Weltgeltung emporführen. Wird es dem „starken Mann" Brüning gelingen? Er ist kein Freund der leeren Phrase und der parteipolitischen Agitation, sondern der ernsten, stillen und energischen Tat. Wird es ihm gelingen seine deutsche Befreiungspolitik durchzusetzen, allen äußeren und inneren Widerständen zum Trotz? Auf seiner Seite steht Reichspräsident von Hindenburg, der berühmte Heerführer des Weltkrieges und der von eisernem Pflichtgefühl durchdrungene Repräsentant des deutschen Volkes. Hindenburg, dessen Name wie ein Stern in der nationalen Not erglänzt. Auf Brünings Seite steht General Wilhelm Groener, der als Reichswehr- und Reichsinnenminister über die gut disziplinierte und organisierte, wenn auch zahlenmäßig allzu schwache deutsche Wehrmacht und einen Teil der Polizei verfügt. Schon spricht man vom Triumvirat Hindenburg-Brüning-Groener, von der Dreimänner-Diktatur, in deren Händen das Schicksal und die Zukunft des Reiches liegen. Kann man noch daran zweifeln, daß es auch im Völkerleben ein Wirken der Vorsehung gibt? Welche Rolle hat sie dem deutschen Volke auf der Weltbühne der Zukunft zugedacht?

Germanicus.

Weltumschau

Deutschland und die Reparationen. Das deutsche Auswärtige Amt machte es klipp und klar, daß der deutsche Reichskanzler, Dr. Heinrich Brüning, der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des französischen Premierministers Laval, daß Deutschland den Anstoß zur Neuaufrollung der Reparationsfrage geben soll, Folge leisten wird. Es wurde aber von einem amtlichen Wortführer in der Wilhelmstraße angedeutet, daß schnell eine Länderkonferenz einberufen werden müsse, wenn gleichzeitig mit der Reparationsfrage auch die Frage der Kriegsschuldenzahlungen der ehemals alliierten Länder entwirrt werden solle. Ob Deutschland die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz ergreifen müsse, würden aber erst diplomatische Unterhandlungen der deutschen Regierung mit den hiesigen Botschaftern der Vereinigten Staaten und Frankreichs und der deutschen Botschafter in Washington und Paris mit der amerikanischen und der französischen Regierung ergeben.

„Sie können sich darauf verlassen," erklärte der amtliche Wortführer des Berliner Auswärtigen Amtes, „daß Dr. Brüning keine Zeit verlieren und mit den anderen Mächten unverzüglich in diplomatische Unterhandlungen eintreten wird. Bei diesen Unterhandlungen wird es sich herausstellen, wie und von wem am besten die Initiative ergriffen werden kann, um festzusetzen, wie Reparationen und Schuldenzahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums zu regeln sind. Der Reichskanzler hält noch immer eine internationale Konferenz für das zweckdienlichste Mittel."

Diese Erklärung stellt klar, wie die deutsche Regierung auf die Empfehlungen reagiert, die Präsident Hoover und der französische Premier Laval in ihrer gemeinsamen Mitteilung über das Ergebnis ihrer Unterhandlungen aussprachen, die in Washington ausgegeben wurde.

„Die Initiative," bemerkte dazu der Wortführer des deutschen Auswärtigen Amtes, „sollte baldmöglichst von den nächstinteressierten europäischen Mächten ausgehen. Nicht daß wir zaudern würden, selber die Initiative dazu zu ergreifen, aber die Washingtoner Erklärung verweist das ganze Problem der Reparations- und der Schuldenzahlungen an Europa. Nun, Deutschland kann nichts für die Aufwertung der Schuldenregelungsfrage tun, und was die Reparationsfrage betrifft, sind wir sicher, daß unsere Gläubiger an dem, was dem Hoover-Moratorium folgen soll, ein ebenso starkes Interesse haben wie wir selbst."

Hitler bei Hindenburg. Darüber kursiert folgender Bericht: Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, hatte kürzlich eine Audienz bei Hindenburg und trat, geschmückt mit dem eisernen Kreuz, vor den Reichspräsidenten. Dieser erklärte, nichts mit den Parteien zu tun haben zu wollen, sondern ein einiges Deutschland zu wünschen. Worauf Hitler sagte: „Herr Feldmarschall, ich biete Ihnen ein feldeinziges Deutschland an." — „Woher wissen Sie, ob Sie das deutsche Volk repräsentieren?" — „Geben Sie dem Volke Gelegenheit, sein Urteil zu fällen, und Sie werden erkennen müssen, daß das Resultat ein überwältigender Triumph unserer Idee ist."

Hitler führte Englands Beispiel der nationalen Einheit an, worauf Hindenburg die Verdienste des Kanzlers Brüning hervorhob, der sich als guter Patriot erwiesen habe und riesige Opfer bringe: „Der Kanzler stellt das Vaterland über seine Person. Er dient dem Reich treu," sagte Hindenburg.

Worauf Hitler nach kurzem Ueberlegen fest antwortete: „Herr Generalfeldmarschall, wenn ich die Macht habe, werde ich jeden, der dem Reich nicht treu ist, der das Vaterland nicht über die Person stellt, erschießen lassen!"

Einigung Brünings und Grandis. In einer offiziellen Erklärung der Regierung wird festgestellt, daß in den Besprechungen zwischen dem italienischen Außenminister Dino Grandi und Reichskanzler Heinrich Brüning eine weitreichende Einigung über Maßnahmen erzielt wurde, die nötig sind, um den politischen und wirtschaftlichen Problemen der Welt zu begegnen.

Die Erklärung besagt, daß die Diskussionen mit äußerster Offenheit und im allerbesten Einvernehmen geführt wurden und daß beide Staatsmänner darin übereinstimmen, daß wirksame Maßnahmen gegen die Weltkrise unmöglich sind ohne systematisches Zusammenarbeiten der betroffenen Nationen. Diese Zusammenarbeit müsse auf gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Achtung begründet sein.

Außenminister Grandi gab den deutschen und ausländischen Pressevertretern ein Interview, in dem er unter anderem erklärte, die bedeutsamste Aufgabe der Gegenwart sei es, „die Geisteseinstellung zu überwinden, die noch aus den Tagen des Weltkrieges stammt, und den Weg für herzlichere und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bahnen."

Grandi betonte, daß Premier Mussolini seit Jahren in diesem Sinne gewirkt habe und fuhr fort: „Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verlangt die ernsteste Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit, die allgemeine Krise zu überwinden und das Vertrauen zwischen den Nationen sowie das Vertrauen der Völker in sich selbst wieder herzustellen."

Der italienische Minister zollte Reichskanzler Brüning hohen Tribut und sagte, daß er „die Eigenschaften eines großen Staatsmannes besitze und in selbstloser Weise seine ganze Kraft einsetze." Er bezeichnete das Reparationsproblem als den „Drehpunkt", dem sich alle Anstrengungen der Zivilisation zuwenden müßten.

Nach dem Presseempfang fuhr Außenminister Grandi nach dem Reichspräsidentenpalast, um dem Oberhaupt der Reichsregierung die Grüße des Königs Viktor Emanuel von Italien zu überbringen.

Steuerstreik in Oesterreich. Die Bürgermeister und Vertreter der Bauernbünde von Osttirol haben auf einer in Salzburg stattgefundenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, vom 28. Oktober ab keinerlei Steuern mehr zu bezahlen. Auch der Zentralverband der Gewerbevereine hielt eine Versammlung ab und protestierte gegen die angeblich zu kostspielige Verwaltung des Landes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Resignation der Regierung verlangt wird.

Die Bürgermeister und Bauernvertreter erklärten, daß sie im kommenden Winter einer Hungersnot entgegensehen würden. Jene Entschließung besagt, daß die gegenwärtige Zeit die „Ruhe vor dem Sturm" sei und daß dieser mit großer Gewalt hereinbrechen werde, wenn die Regierung nicht ihre Landwirtschaftspolitik ändere, für eine weniger kostspielige Verwaltung sorge, die Soziallasten verringere, die Profitgeier bekämpfe und Militärzwang zur Verbesserung der Jugenderziehung einführen würde.

Die Vertreter der Gewerbe diskutierten Steuern, die, wie sie erklärten, viele von ihnen zum Bankerott trieben. Sie beschlossen gleichzeitig einstimmig, Seite an Seite mit den Bauern für die nötigen Reformen zu kämpfen.

Laval über deutsch-französ. Beziehungen. Wie der französische Ministerpräsident Laval, der sich nach seinem Besuch in Washington wieder auf der Heimreise befindet, auf dem Dampfer einem Vertreter der United Preß gegenüber erkennen ließ, erhofft er ein neues Europa, ein geeintes Europa, das sowohl in militärischer als in politischer Hinsicht abrüstet. Seine Besprechungen mit Präs. Hoover und mit den deutschen Ministern in Berlin vergrößerten seinen Worten nach seine Hoffnung auf eine solche Zukunft bedeutend.

Das schwierige Problem der deutsch-französischen Beziehungen wurde Lavals Worten nach bei der Zusammenkunft in Washington eingehend besprochen. „Ich persönlich bin überzeugt davon, daß der erste und wichtigste Schritt die Verwirklichung einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland sein wird. Präsident Hoover ist der gleichen Ansicht," sagte er. „Jetzt bietet sich Europa eine Gelegenheit. Die Regierungen müssen jedoch aufhören, nationalistische Politik zu betreiben, und sich bemühen, den engen Zusammenhang zwischen unseren Problemen zu verstehen. Wir hören viel von militärischer Entwaffnung. Politische Abrüstung ist von gleicher Wichtigkeit. Die Regierungen müssen ihrer eigenen Wohlfahrt halber weiter sehen als bloß bis zu ihren eigenen Grenzen," fuhr er weiter fort.

Polen wütend über Borah. Der Name des amerikanischen Senators William E. Borah wurde in einer Versammlung von Patrioten von Ost- und Westpreußen, die sich zusammengefunden hatten, um das 700jährige Jubiläum der Erschließung des Landes zwischen Weichsel und Memel für das Deutschtum durch den Orden der Deutschritter zu feiern, mit Jubel begrüßt. Die Redner führten aus, das Eintreten des amerikanischen Senators für eine Revision des Versailler Vertrages lasse deutlich erkennen, daß die Welt nachgerade sich der Tatsache bewußt werde, daß an einen wirklichen Frieden erst zu denken sei, nachdem die Frage des polnischen Korridors gelöst sei. Reichspräsident von Hindenburg und Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, hatten Glückwunschdepeschen entsandt.

In Polen hingegen herrscht Erbitterung ob der Erklärung des amerikanischen Senators Borah zu Gunsten einer Revision des Versailler Vertrags, und die Presse fährt in ihrer scharfen Kritik fort. „Gazeta Polska", das Regierungsorgan, wirft an editorieller Stelle die Frage auf, ob etwa die Auslassungen des Senators bereits im Voraus mit Präsident Hoover arrangiert worden seien. Das Oppositionsblatt, die „Gazeta Warszawska", schreibt, daß die ganze sächsische Welt bald durch Frankreich in den Schatten gestellt sein werde, das fortfahren werde, Polens Rechte auf den Korridor zu verteidigen.

Werund zwanzig politische, wissenschaftliche und literarische Vereinigungen Polens haben an den amerikanischen Staatssekretär Henry L. Stimson ein Kabel gesandt, in dem sie gegen Senator William E. Borahs Erklärung über die Frage des Korridors Protest erheben. In dem Kabel heißt es, daß Borahs Aeußerungen „den Gerechtigkeitssinn verletzen, den guten Beziehungen zwischen den Nationen Europas schaden, das zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nötige Vertrauen untergraben, die Achtung vor internationalen Verpflichtungen, auf denen der Friede ruht, schwächen, Streit hervorrufen und die Abrüstung behindern." Polen sei grundsätzlich friedlich, sagt die Botschaft weiter. Es werde jedoch niemals eine Beschneidung seiner heiligen Rechte oder eine Teilung seines Gebietes gestatten. „Wir sind überzeugt," schließt der Protest, „daß Polen bei Verteidigung der Gerechtigkeit sich voll auf den allbekannten Gerechtigkeitssinn der großen und edlen amerikanischen Nation verlassen kann, von dem es in der Vergangenheit schon so viele Beweise erhalten hat."

Eine Warschauer Depesche der Telegraphen Union meldet, Außenminister Zaleski habe erklärt, er beabsichtige offiziell keine Kenntnis von dem Borah Presse Interview zu nehmen. Privatim soll er indeß gesagt haben: „Die ganze polnische Nation weigert sich jetzt oder jemals zuzugeben, daß irgendeine Diskussion einer Grenzregulierung möglich ist."

Arbeitslosigkeit in Frankreich. Abhilfe der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter wird eines der dringendsten Probleme sein, die Premier Laval nach Heimkehr von den Ver. Staaten zu lösen hat. Zu diesem Zwecke wird er im Parlament, welches am 12. November wieder in Sitzung tritt, beantragen, die zweite Hälfte des sogenannten nationalen Entwicklungsplans mit einer Gesamtausgabe von ungefähr $120,000,000 unverzüglich zu bewilligen. Nach dem Plane sind Landwirtschaftsprojekte in großem Ausmaß, neue Schulbauten und andere Arbeiten vorgesehen. Die Ausgaben werden durch eine innere Anleihe aufgebracht werden. Das Parlament hat bereits den Teil des Planes gebilligt, der sich auf Arbeiten an Landstraßen, See- und Flußhäfen und auf bessere Ordnung der Departements- und Lokalfinanzen bezieht. Die Ausführung dieses Programms beschäftigt noch eine große Arbeiterzahl und die weitere Bewerkstelligung wird noch mehr Beschäftigung geben.

Nach den vorliegenden statistischen Zusammenstellungen sind 300,000 französische Arbeiter und „Kopf-Arbeiter" erwerbslos. Eine große Zahl dieser Leute hat zeitweilige Beschäftigung gefunden und andere sind in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt, um Ackerbau zu betreiben. Daraus läßt sich entnehmen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit für Frankreich mit einer Bevölkerungszahl von 40,000,000 weniger dringlich ist als in England, Deutschland und den Ver. Staaten.

Japan bleibt ablehnend. Japan hat die Entschließung des Völkerbundes, durch die eine Räumung der Mandschurei bis zum 16. November verlangt wird, als nicht verbindlich zurückgewiesen und seine Erklärung wiederholt, daß die mandschurische Frage eine lokale Angelegenheit sei und nur durch direkte Verhandlungen zwischen Japan und China erledigt werden könne. Inzwischen hat Japan seine militärischen Maßnahmen im Gebiete der mandschurischen Bahnen in die Mongolei hinein ausgedehnt und Truppen nach der Bahnstrecke Siupingkai—Chengchiatun—Taonan geworfen.

Nach einer Sondersitzung des schwedischen Kabinetts wurde eine formelle Erklärung abgegeben, in der wiederum betont wird, daß Japan in der Beilegung des mandschurischen Streitfalles auf „fünf grundlegenden Prinzipien" bestehen muß und in der nochmals erklärt wird, daß ein „provozierender Angriff" chinesischer Soldaten auf japanisches Eigentum die Wirren in der Mandschurei heraufbeschworen hat. Die Erklärung gibt gleichzeitig eine Wiederholung der fünf grundlegenden Prinzipien: 1. Ein Nichtangriffsabkommen zwischen China und Japan und gegenseitige Garantierung der Unantastbarkeit der beiderseitigen Landesgebiete. 2. China muß den japanfeindlichen Boykott und alle anderen Formen von antijapanischer Propaganda aufgeben. 3. China muß Leben und Besitz der Japaner in der Mandschurei garantieren. 4. Konkurrenz zwischen den Eisenbahnen in der Mandschurei muß ausgeschaltet werden. (Die Südmandschurische Bahn ist japanischer Besitz.) 5. China muß die japanischen Vertragsrechte in der Mandschurei, einschließlich der koreanischen und japanischen Landpachtverträge anerkennen.

In amtlichen Kreisen Tokios wird erklärt, daß Japan nicht daran denkt, die Räumung durchzuführen, wenn China nicht vorher Garantien für die Sicherheit der Japaner gibt. Die gegenwärtige Entsendung weiterer Truppen wird damit begründet, daß China die Ordnung nicht aufrecht erhält.

Lied aus der deutschen Ostmark.

Von Alois Krupply.

Kennst du das Land in Deutschlands fernen Gauen,
Wo alte Burgen ragen stolz und kühn?
Das Land der Täler und der grünen Auen,
Wo duftend Flieder und Wachs'der blühn?
Kennst du das Land der schönen blauen See,
Wo Schifflein ziehn auf klarer Silberbahn,
Im Sommer lind die zarten Lüfte wehen
Und schaukeln sacht des Fischers leichten Kahn?
Ostpreußen, du mein liebes Heimatland,
Für dich, für dich stehn wir mit Herz und Hand!
Heil dir! du deutsches Ordensland!
Heil dir! mein teures Heimatland!

Kennst du das Land der dunklen Tannenwälder,
Der mächt'gen Eichen, die in stolzer Pracht
Mit Schatten säumen goldne Aehrenfelder,
Auf die die milde Sonn' herniederlacht?
Kennst du das Land des goldnen Bernsteinstrandes
Wo Möwen ziehn an blauer Küste Saum,
Und manchen, fern des lieben Heimatlandes,
Getränkt der jungen Liebe süßen Traum?
Ostpreußen, du mein liebes Heimatland,
Für dich, für dich stehn wir mit Herz und Hand!
Heil dir! du deutsches Ordensland!
Heil dir! mein teures Heimatland!

Kennst du das Land der tapfern deutschen Helden,
Die sterbend siegten über Feindesmacht?
Wo hohe Ehrenmäler kündnen es melden,
Was hier einst deutscher Geist und Mut vollbracht?
Kennst du das Land der deutschen Kraft und Treue,
Der Pflicht, der Arbeit und Zufriedenheit,
Das stets dein Vaterland aufs neue
Die heil'ge Treue schwört für ew'ge Zeit?
Ostpreußen, du bleibst ewig deutsches Land!
Dafür stehn alle wir mit Herz und Hand!
Heil dir! du deutsches Ordensland!
Heil dir! mein teures Heimatland!

Großer Wahlsieg der MacDonald-Regierung.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Wahlkampagne, während der die Regierung um Unterstützung warb, um die drohende Gefahr für Englands Finanz- und Wirtschaftslage zu bannen, hat eine unerhörte Umgruppierung der Stimmen gebracht.

22 Arbeiterminister geschlagen.

Arthur Henderson

22 Mitglieder des früheren Arbeiter-Kabinetts haben ihre Unterhaussitze verloren; an erster Stelle der neue Führer der Partei, Arthur Henderson. Während sich für Henderson die Möglichkeit ergibt, durch eine herbeizuführende Ersatzwahl ins Parlament zu gelangen, besteht für die übrigen unterlegenen Laboriten wenig Aussicht.

Nicht ein einziges Mitglied der Koalitionsregierung ist geschlagen worden. Der einzige bedeutende Führer der Laboriten, der wiedergewählt wurde, ist George Lansbury, dessen Aufgabe es werden dürfte, die Ueberreste der Opposition im Unterhause anzuführen.

„Niemals hat sich ein britischer Ministerpräsident so schwerwiegenden Problemen in der Innen- und Außenpolitik des Landes gegenübergesehen wie MacDonald. Noch niemals hat jedoch ein Premier zu diesem Zwecke auch über eine solche Macht im Parlamente verfügt.

Wahl MacDonalds großer persönlicher Sieg.

MacDonald selbst hat in seinem Wahlkreise im Grubengebiet der Grafschaft Durham einen großen persönlichen Sieg erfochten, der mit dem Triumph der Konservativen im ganzen Lande verglichen werden kann.

Der Premier erhielt sein Mandat von den Bergleuten in Seaham. Er errang eine Majorität von mehr als 5000 Stimmen über den Volksschullehrer William Coxon. Niemand kann bezweifeln, daß MacDonald durch die Stimmen der Arbeiter ins Unterhaus zurückgeschickt worden ist.

Die Liberalen haben stimmenmäßig zugenommen. Da ihre Stimmen jedoch vielfach für konservative Kandidaten eingesetzt worden sind, ist ihre Stellung unklar. Es sind insgesamt 70 Liberale erwählt worden, darunter David Lloyd George, der der „Vater des Unterhauses" bleibt. Auch seine Tochter Megan und sein Sohn Gwilym wurden wiedergewählt.

Lady Nancy Astor zieht diesmal an der Spitze einer ganzen Reihe von konservativen Kolleginnen ins Unterhaus. Nicht eine einzige Abgeordnete der Arbeiterpartei hat ihr Mandat behaupten können. Sie sind alle verschwunden, von der hübschen Jennie Lee bis zu der mütterlichen und intellektuellen Susan Lawrence. Im Ganzen werden 14 weibliche Abgeordnete im Unterhause sein.

Konservativer Sieg nach Stimmenzahl weniger imposant.

Die Konservativen können aus den Ziffern der abgegebenen Stimmen ersehen, daß ihre große Vertretung im Unterhause auf nicht allzufesten Grundlagen steht. Sie erhielten insgesamt 11,780,000 Stimmen gegen 6,749,944 für die Laboriten. Mit der doppelten Stimmenzahl der Arbeiter haben die Konservativen mithin die zehnfache Zahl von Mandaten erhalten. Obgleich die Arbeiterführer überrascht von dem Ausgang der Wahl sind, erklären sie, daß die nahezu 7,000,000 Stimmen nur den Kern ihrer Bewegung darstellen.

Neuer deutscher Kreuzer.

Wilhelmshaven. — Der fünfte Kreuzer-Neubau nach dem Krieg, der kleine Kreuzer „Leipzig", ist hier unter dem Kommando des Kapitäns zur See Stockhausen in Dienst gestellt worden. Der neue Kreuzer hat die Besatzung des Linienschiffes „Hannover" übernommen, da nach dem Versailler Diktat der Mannschaftsbestand der Reichsmarine nur sehr klein ist. Die „Hannover" ist deswegen außer Dienst gestellt worden.

Die „Leipzig" unterscheidet sich von ihren Vorgängern, den Kreuzern der „Königsberg"-Klasse, in der Bestückung gar nicht. Die Länge ist 177 Meter (gegen 169 Meter) die Breite 16,4 Meter (15,2); beachtenswert ist der geringe Tiefgang von 4,7 Meter (gegen 5,4 Meter der „Königsberg"). Der Aktionsradius der „Leipzig" beträgt 7400 Seemeilen bei 14,5 Seemeilen Fahrgeschwindigkeit.

Lokomotiven mit Kaffee geheizt.

Rio de Janeiro, Brasilien. — Minderwertiges Kaffee wird künftig in Brikettform zusammengepreßt, als Heizmaterial für Lokomotiven der brasilianischen Zentralbahn verwandt werden, die Staatseigentum ist. Der brasilianische Minister für öffentliche Arbeiten, José Ancoira, hat das angeordnet, um für minderwertige Kaffeebohnen, die, um die Ueberproduktion an brasilianischem Kaffee herunterzubringen, ins Meer geschüttet werden würden, eine lohnende Verwertung zu schaffen.

— Ruhmsucht ist die Schwäche starker Männer.